

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/05/2006

über die öffentliche Sitzung am 22.08.2006,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 20:30 Uhr
Ende : 22:18 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann

Frau Carola Behr

Herr Rudolf Beyrich

- i. V. f. Bürgerl. Mitgl. Schädel -

Herr Rolf Griesenberg

Frau Petra Wilmer

- i. V. f. StV Düwel -

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen

Herr Horst Marzi

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Werner Bandick

Frau Doris Lange

Herr Hendrik Olschewski

- ab 20:10 Uhr/ TOP 8 -

Verwaltung

Frau Angela Haase

Herr Horst Kienel

- Protokollführerin -

- Berichterstatter -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Harald Düwel

Bürgerliche Mitglieder

Herr Klaus Schädel

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 04/ 2006 vom 23.05.2006
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 **2006/079**
7. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2006 **2006/100**
8. Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2005
9. Erlass einer Verwaltungsgebührensatzung **2006/093**
10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb - Stellungnahme der Verwaltung **2006/051/1**
11. Verschiedenes
- 11.1. Reinigungsausschreibung für vier Schulen
- 11.2. Neubau der Sporthalle für die IGS als ppp-Modell
- 11.3. Absicherung von Zinserhöhungen

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der Finanzausschuss ist beschlussfähig.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bittet, TOP 7./ „2. Nachtragshaushaltssatzung 2006“ und TOP 8./ „Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung des Haushaltsjahres 2005“ zu tauschen. Irrtümlich ist ferner in der Einladung zum Thema „2. Nachtragshaushaltssatzung 2006“ Vorlage 2006/ 092 angegeben. Dieses ist falsch. Es handelt sich um Vorlage 2006/ 100.

Vorlagen 2006/ 096 und 2006/ 097 werden abgesetzt. Die erforderlichen Informationen für das Abfassen der Vorlage liegen der Verwaltung noch nicht vollständig vor.

TOP 10. wird – wie in der Einladung dargestellt – öffentlich behandelt.

3 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 04/ 2006 vom 23.05.2006

Keine Einwendungen.

Das Protokoll wird sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teils genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Berichterstatter teilt mit, dass auf städtischen Konten rd. 420.000 € verfügbar sind. Weitere 7,5 Mio. € sind als Tagesgeld (Zinssatz: 1,6 %) angelegt (Steuertermin war: 15.08.2006). Hiervon sollen 4 Mio. € für 4 Wochen als Festgeld (2,75 %) angelegt werden. Der nach Abzug der planbaren Ausgaben von rd. 1,9 Mio. € noch verbleibende Betrag von rd. 2 Mio. € wird für weitere - insbesondere investive Ausgaben - ausreichend sein.

6 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2006/079 Haushaltsjahr 2005

- Vorlagen-Nr. 2006/ 079 -

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Nachgefragt wird lediglich zu Nr. 21/ HHSt 4515.7075 – Zuschuss an SJR für „Das Buch“ -. Hierzu erläutert die Verwaltung, dass dieser Mehrausgabe eine

Empfehlung des Sozialausschusses vom 08.11.2005 zugrunde lag.

Anmerkung

Der Kinder- und Jugendbeirat hat 2005 das erste stadtweite Verzeichnis aller Jugendfreizeitstätten herausgebracht. Damit hat er eine Bitte aus der Veranstaltung „Jugend im Rathaus“ aufgegriffen. Die Deckung erfolgte durch Minderausgaben im eigenen Budget.

7 2. Nachtragshaushaltssatzung 2006

2006/100

Vorlagen-Nr. 2006/ 100

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Finanzausschuss heute zu diesem Thema die einzige Beratungsmöglichkeit habe. Sollte es weiteren Beratungsbedarf geben, werden die Fraktionen um ein entsprechendes Signal gebeten. Herr Bandick bittet den Finanzausschuss, vorbehaltlich der Beratung in anderen Fraktionen ggf. dem Nachtragshaushaltssatzungsentwurf zuzustimmen.

Die Veränderungspositionen werden anhand der der Vorlage beigefügten Liste und einer Aktualisierung vom heutigen Tage (siehe Anlage zum Protokoll) einzeln erörtert mit folgenden Anmerkungen:

Verwaltungshaushalt — Einnahmen

1. HHSt 0300.1670/ Erstattung von Personalkosten durch die GAG

Es handelt sich um die Kostenerstattung einer aus der Elternzeit zurückgekehrten und einer von der Kernverwaltung abgeordneten Mitarbeiterin, die einen befristeten Arbeitsvertrag bis zurzeit 10.08.2007 (Elternzeitvertretung) besitzt,. Deren Stelle wurde nachbesetzt – siehe HHSt 0355.4160 – mit einer von einer Zeitarbeitsfirma gestellten Mitarbeiterin. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang einerseits, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, Mitarbeiterinnen für das Kundenzentrum direkt durch eine Zeitarbeitsfirma einzustellen. Andererseits wird die Abordnung im Zusammenhang mit dem Stellenüberhang in der Stadtverwaltung - festgestellt durch das Gutachten Petersen – diskutiert. Danach wäre es möglich, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur GAG abzuordnen. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei zwar in der Summe um mehrere Stellen handelte, pro Fachdienst aber jeweils nur um einzelne Stellenanteile. Der Überhang in halben oder ganzen Stellen, die eine Abordnung ermögliche, sei eher theoretischer Natur. Ferner hätten die betroffenen Beschäftigten einer Abordnung zuzustimmen.

2. HHSt 3400.1440/ Miete Reithalle

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass vom Finanzamt Stormarn aufgrund der Urlaubszeit noch keine verbindliche Auskunft vorliege. Grundsätzlich werde die Thematik positiv begleitet.

3. HHSt 8130.2200/ Konzessionsabgabe Gas

Der reduzierte Ansatz entspricht der ursprünglichen Höhe der Konzessionseinnahmen Gas durch E.ON Hanse sowie dem erhöhten Anteil der GAG ab 01.10.2006. Noch in dieser Woche erfolgen weitere Gespräche über erhöhte Konzessionszahlungen für die zurückliegenden Jahre.

4. HHSt 9000.0030/ Gewerbesteuer

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass das Anordnungssoll der Gewerbesteuer bei über 25 Mio. € liegt. Um auch nicht vorhersehbare Rückzahlungen tätigen zu können, wird ein Haushaltsansatz von 24 Mio. € veranschlagt.

5. HHSt 9000.0100/ Anteil Einkommensteuer

Die Verwaltung berichtet, dass bei der ursprünglichen Berechnung nach der Mai-Steuerschätzung der Gemeindeanteil am Zinsabschlag nicht berücksichtigt wurde. Dadurch ergibt sich statt einer Reduzierung die dargestellte Erhöhung um 240.000 €.

6. HHSt 9100.2170/ Verzicht SVA-Option

Irrtümlich wurde der Betrag 2005 weder angeordnet noch gezahlt. Dieses erfolgte 2006. Auch die ursprünglichen Zahlungen für 2006 sind eingegangen, sodass 2006 Zahlungen für zwei Jahre eingegangen sind.

7. Eigenkapitalverzinsung des Stammkapitals der GAG

Es wird nachgefragt, warum noch keine Eigenkapitalverzinsung für das der GAG zu gewährende Stammkapital dargestellt ist. Die Verwaltung erläutert, dass wie bei den Stadtbetrieben - Betriebszweige Stadtentwässerung und Bauhof - die Erstattung zeitversetzt um 1 Jahr eingehen werde. Einige Mitglieder des Finanzausschusses weisen darauf hin, dass die Zinseinnahmen mindestens so hoch sein sollten wie die Zinsen, welche die Stadt zur Finanzierung des Stammkapitals an den Kapitalmarkt zu bezahlen habe.

Verwaltungshaushalt — Ausgaben

8. HHSt 0355.4160/ ZGW/ Aufwendungen Dienstleistungsvertrag

Auf die Anmerkungen zu HHSt 0300.1670 wird verwiesen. Es handelt sich um die Nachbesetzung der an die GAG abgeordnete Mitarbeiterin.

9. HHSt 0220.5610/ Untersuchungskosten städtischer Bediensteter

Seit 2006 werden nach dem Prinzip der Haushaltswahrheit und – klarheit Erstattungen der Stadtbetriebe nicht mehr bei dieser Position abgesetzt. Dadurch und durch die erstmalige Zahlung von Mehrwertsteuer für die Kosten der Betriebsärztin ergeben sich Mehrbelastungen.

10. HHSt 0300.6550/ Beratungskosten

Zusätzlich steht ein Haushaltsrest von 12.000 € aus dem Vorjahr zur Verfügung. Die CIP-Geleitzüge zur Umstellung auf die Doppik beginnen erst im IV. Quartal 2006. Dadurch ist eine Reduzierung des Haushaltsansatzes vertretbar.

11. HHSt 0300.6552/ Steuerberatungskosten Marstall

Ein Haushaltsansatz steht nicht zur Verfügung, bisher wurden 7.000 € benötigt. Weitere Rechnungen liegen vor bzw. werden eingehen, da die Beratung noch nicht abgeschlossen ist. Auf die Erläuterungen zu HHSt 3400.1440 wird verwiesen.

12. HHSt 3500.4160/ VHS/ Honorare für Dozenten

Die Erhöhung ist auf das erstmalig im Herbstsemester 2006 in größerem Umfang erfolgende Angebot der Kurse für Kinder und Jugendliche in Kooperation mit

1. dem Schulverein der Grundschule Am Schloss und
2. der Ganztagschule im Schulzentrum Am Heimgarten

zurückzuführen. Diese Zusammenarbeit war 2005 noch nicht konkret und konnte in die Haushaltsberatungen 2006 noch nicht einfließen. Die grundsätzliche Diskussion des Finanzausschusses zur VHS - Leitlinie oder feste Vorgaben für die Ausgaben bzw. den Zuschuss – sollte im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss geführt werden.

Anmerkung der Verwaltung

Die Deckung zu 1. sollte durch zusätzliche Gebühreneinnahmen erfolgen. Derzeit (23.08.2006) stehen einem Haushaltsansatz von 332.000 € Einnahmen von 182.000 € gegenüber, sodass diese Mehreinnahmen noch nicht realistisch absehbar sind. Die Deckung zu 2. soll durch HHSt 4520.4160/ Honorar für Übungsleiter für das Projekt zur Förderung von Ganztagsangeboten erfolgen. Die Reduzierung von 4.000 € wurde irrtümlich nicht berücksichtigt und ist in die anliegende Änderungsliste eingearbeitet.

13. HHSt 5800.5106/ Reparatur von Kunstgegenständen

Es wird darauf hingewiesen, dass inkl. Umsatzsteuer Kosten von 6.500 € erforderlich sind – siehe Korrektur des Hauptausschusses vom 21.08.2006 (in die anliegende Änderungsliste eingearbeitet) -.

14. HHSt 7010.5300/ Miete Toilettenanlage

Frau Lange/ Seniorenbeirat berichtet, dass lt. Auskunft der Wartungstechniker die Technik des öffentlichen WC bei extremer Hitze störanfällig sei. Ferner werde es oft mutwillig zerstört. Es wird nachgefragt, wem die Benutzungsgebühren zustehen.

Anmerkung der Verwaltung

Die Benutzungsgebühren stehen der Stadt zu.

15. HHSt 7300.6000/ Nebenveranstaltungen Wochenmarkt

Einige Finanzausschussmitglieder sind der Auffassung, dass die Kosten für die Veranstaltungen des Wochenmarktes sich durch die Gebühren der Marktbesucher refinanzieren sollen. Es wird gebeten, dieses zu klären.

Anmerkung der Verwaltung

Diese Aussage ist korrekt und entspricht der Vorlage 2005/ 124.1/ STV. Darin wurde festgestellt, dass das Budget der Wochenmarktbesucher sich durch die Gebühren refinanzieren soll. Die erforderliche Erhöhung der Marktstandsgebühren spiegelt sich im Haushalt 2006 noch nicht wieder. Die Gespräche werden im September 2006 weiter geführt. Die Verwaltung strebt nach wie vor die Refinanzierung an.

16. HHSt 8130.6550/ Beratungskosten Gasversorgung

Der Berichterstatter erläutert die Erhöhung der Beratungskosten. Es handelt sich um die letztmalig zu tragenden Beratungskosten. In 2007 soll entschieden werden, inwieweit die GAG dem städtischen Haushalt die Beratungskosten zu erstatten hat. Der Vorsitzende bittet, hierbei neben dem Aufsichtsrat auch den Finanzausschuss und die Stadtverordnetenversammlung zu beteiligen, da die Frage der Erstattungen sich auf den städtischen Haushalt auswirke.

17. HHSt 9100.8070/ Zinsen Kreditmarkt

Die Verwaltung weist darauf hin, dass hier auch Zinsen für eine anteilige Neuverschuldung im IV. Quartal 2006 berücksichtigt sind.

Vermögenshaushalt — Ausgaben

18. HHSt 0201.9510/ Einbau einer Schrankenanlage/ Parkplatz

Die Einführung der Bewirtschaftung basiert auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.03.2006 (Vorlage Nr. 2005/ 121.3). Unter 3. wurde beschlossen, dass der Zugang zu den genannten Parkplätzen durch eine mit Transpondern zu bedienende Schran-

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Erläuterungsbericht vor einigen Wochen dem Rechnungsprüfungsamt zugeleitet wurde und dieses mit der Prüfung der Jahresrechnung 2005 begonnen habe.

9 Erlass einer Verwaltungsgebührensatzung

2006/093

- Vorlagen-Nr. 2006/ 093 –

Einige Ausschussmitglieder beanstanden die Gebühr zu Tarifstelle 22 - Informationsfreiheitsgesetz - und regen an, diese zu vereinfachen. Eine Gebührenspanne wird als bürgerunfreundlich empfunden, der Bürger sollte die ihm entstehenden Kosten einschätzen können. Außerdem sollte der Sachbearbeitung die Anwendung vereinfacht werden. So sei es z. B. vorstellbar, 25 € - siehe auch Tarifstelle 1.2, 2.3, 3 ... - pro halbe Stunde Bearbeitungszeit zu erheben.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass diese Gebührenhöhe der Landesverordnung über Verwaltungsgebühren – siehe Anlage – entspricht. Auch z. B. die Kommunen Bad Oldesloe und Bargteheide haben diese Gebührenspanne übernommen.

Die Verwaltung sagt zu, über die Höhe der Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz nochmals nachzudenken und zieht die Vorlage zurück.

10 Antrag der CDU-Fraktion auf Umwandlung des Fachdienstes "Zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW)" in einen Eigenbetrieb - Stellungnahme der Verwaltung

2006/051/1

- Vorlagen-Nr. 2006/ 051.1 –

Herr Aschmann weist auf eine Veröffentlichung des Städteverbandes (Nachrichten Nr. 10?) hin, wonach die Umwandlung in einen Eigenbetrieb überdacht werden sollte, siehe auch seine Ausführungen im Hauptausschuss am 21.08.2006.

Der Vorsitzende kritisiert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt kein Vertreter von ZGW für den Vortrag eines Sachstandsberichtes anwesend sei. Der Berichterstatter übernimmt hierfür die Verantwortung. Er habe angenommen, dass es in der heutigen Sitzung nicht um einen Sachstandsbericht gehe. Er bittet, diese Fehleinschätzung zu entschuldigen.

Frau Wilmer teilt mit, dass sie sich in der Stadtverordnetenversammlung am

26.06.2006 für eine Vertagung ausgesprochen habe, um durch eine weitere Vorlage Handlungshilfen/ Vorschläge für eine Verbesserung der Arbeit des Fachdienstes zu erhalten. Herr Beyrich schließt sich diesen Gedanken an und wünscht eine breitete Diskussion des Themas, z. B. durch die Beteiligung anderer Fachbereiche, die über ihre Erfahrungen mit ZGW berichten. Frau Wilmer sieht durch eine bloße Verlagerung des Fachdienstes in den Eigenbetrieb der Stadt – da die handelnden Personen identisch bleiben – zunächst keine Möglichkeiten für eine Verbesserung der Arbeit.

Frau Behr verweist auf einen Zeitplan der Fachdienstleitung ZGW von Ende 2004. Sie bittet um dessen Einreichung.

Der Berichterstatter äußert, dass er grundsätzlich keine Bedenken gegen eine Veränderung der Organisationsform habe. Diese habe auch der Gutachter seinerzeit offen gelassen. Organisationsdefizite könnten aber durch diese Veränderung nicht behoben werden. Daher spreche er sich für eine Optimierung des Regiebetriebes aus.

Sollte der Antrag der CDU-Fraktion weiter verfolgt werden, sei auch zu klären, ob ZGW nur als Hausverwaltung tätig werde (d. h. keine Übertragung der Vermögenswerte erfolge).

Der Berichterstatter informiert ferner über den Vermerk des Fachdienstes zur Reinigungsausschreibung vom 21.08.2006 – siehe TOP 11.1 -.

Der Finanzausschuss spricht sich für eine Sondersitzung zu diesem Thema vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im September 2006 aus. Diese sollte am 11.09.2006 stattfinden in Anwesenheit mit Vertretern von ZGW und seinem aktuellen Sachstandsbericht.

11 Verschiedenes

11.1 Reinigungsausschreibung für vier Schulen

Der Berichterstatter teilt mit, dass für vier Schulen in Ahrensburg zwischenzeitlich die europaweite Ausschreibung über die Reinigungsleistungen erfolgt ist – dieses ohne externe Hilfe.

Der Vermerk des Fachdienstes vom 21.08.2006 liegt diesem Protokoll als **Anlage** bei.

11.2 Neubau der Sporthalle für die IGS als ppp-Modell

Frau Wilmer erkundigt sich, wie der Bau der Sporthalle sich auf den städtischen Haushalt auswirke, sollte es keine Zuschüsse geben.

Der Ausschussvorsitzende berichtet, dass die Förderung ohnehin zeitlich versetzt vom Land gezahlt worden wäre. Ein erhöhter Kapitalbedarf für die Stadt bestehe daher ebenfalls zeitversetzt in dem Maße, wie sich der Eigenanteil erhöhe.

11.3 Absicherung von Zinserhöhungen

Der Berichterstatter teilt mit, dass die Sparkasse Holstein für die Zukunft Zinserhöhungen angekündigt habe.

Herr Beyrich bittet um Prüfung, ob zum jetzigen Zeitpunkt bereits Zinskonditionen abgesichert werden können, obwohl über das Kreditvolumen des Nachtragshaushaltes erst Ende September beschlossen wird. Sollte diese Prüfung positiv ausgehen, sollte die Verwaltung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29.08.2006 eine Vorlage verfassen.

Anmerkung der Verwaltung

Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht ist eine Absicherung der Zinskonditionen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Voraussichtlich benötigt die Stadt zwar erneut keine Genehmigung für den Nachtragshaushalt. Eine vorzeitige Absicherung der Zinskonditionen würde jedoch bedeuten, dieser Prüfung durch die Kommunalaufsicht vorzugreifen. Von einem derartigen Vorgehen wird daher eindringlich abgeraten.

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez.
Protokoll